



von Herbert Kickl als Minister vorgeschlagen zu haben. Daraufhin trat die gesamte FPÖ-Ministerriege zurück.

die Digitalsteuer und das Gewaltschutzpaket.

FPÖ will Spenden offenlegen

Die FPÖ kündigte unterdessen eine externe Prüfung ihrer Parteifinanz an, nachdem Strache im „Ibiza-Video“ möglicherweise illegale Parteispenden an die FPÖ thematisierte. Der nun designierte Parteichef Hofer erklärte, er habe sich die Spenden der letzten Jahren angesehen und dabei keine Großbeträge gefunden. Die entsprechende Liste

werde er noch offenlegen. Auch die SPÖ zog ihre Konsequenzen aus der blauen Affäre: In Linz kündigte Bürgermeister Klaus Luger das Arbeitsübereinkommen mit der Linzer FPÖ, nachdem ihn seine Bundesparteichefin Rendi-Wagner dazu aufgefordert hatte. Ab sofort solle ein freies Spiel der Kräfte herrschen. Im Burgenland beschloss der rot-blaue Koalitionsausschuss, der Landtagswahl vom Mai auf den 26. Jänner 2020 vorzulegen. In Oberösterreich trat Sicherheitslan-

desrat Elmar Podgorschek (FPÖ) zurück. Die schwarz-blaue Regierungszusammenarbeit wird aber fortgesetzt.

Unterdessen hat die Kettenreaktion längst einen Wahlkampf ausgelöst und Herbert Kickl in seine frühere Rolle zurückgeführt. In Richtung Kurz sagte er: „War es auf Ibiza eine verantwortungslose Besoffenheit infolge von Alkohol, dann ist das jetzige Vorgehen der ÖVP eine kalte und nüchterne Machtbesoffenheit.“

Wallraff nennt Video „gelungenen Coup“

EU-Kommission reagiert fassungslos aufs „Ibiza-Gate“.

BRÜSSEL Zum „Ibiza-Video“, das zum Rücktritt von Vizekanzler Heinz-Christian Strache geführt und eine Regierungskrise in Österreich ausgelöst hat, gibt es zahlreiche Reaktionen aus dem Ausland.

Fassungslos hat die EU-Kommission in Brüssel reagiert. „Aber wir haben volles Vertrauen in die Österreicher und in die österreichischen demokratischen Institutionen, das wieder zurechtzurücken“, sagte ein EU-Kommissionssprecher am Montag.

Die deutsche Bundesregierung findet das Handeln von Sebastian Kurz (ÖVP) in der Ibiza-Affäre folgerichtig. „Die Bundesregierung hat die Entscheidung des österreichischen Bundeskanzlers Kurz, als Konsequenz aus den jüngsten Er-



Enthüllungsjournalist Günther Wallraff: „Sehr unheimlich.“

eignissen Neuwahlen anzustreben, zur Kenntnis genommen“, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Martina Fietz. Kurz' Entscheidung sei nachvollziehbar.

Der deutsche Enthüllungsjournalist Günther Wallraff hat die heimlichen Aufnahmen als „gelungenen Coup“ bezeichnet. „Aber man

möchte wissen, wer dahintersteckt. Wahrscheinlich eine größere Organisation“, vermutet Wallraff. Es sei „sehr unheimlich“, welche Koalitionen und Schulterschlüsse Rechtspopulisten einzugehen bereit seien.

Die französische Rechtspopulistin Marine Le Pen hat Strache einen „schwerwiegenden Fehler“ attestiert. Sein Fehlverhalten in der Videoaffäre sei aber umgehend durch seinen Rücktritt gehandelt worden, sagte Le Pen.

„Unsere österreichischen Freunde kommen jetzt nicht zu uns, da dort eine außerordentliche Jagdsaison eröffnet wurde“, meinte Ungarns rechtsnationaler Premier Viktor Orban in Zalaegerszeg. Dort sollte Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ) am Montag an der Übergabe des ersten Abschnittes von „Zalazone“, einer Teststrecke für innovative Verkehrslösungen, teilnehmen. Hofer hatte abgesagt.



Kommentar
Julia Ortner

Kein Land für demütige Männer

Ach, so schön ist Ibiza. Nach unserem kollektiven Ausflug auf die Partyinsel haben die führenden Politiker des Landes seit dem Wochenende natürlich einiges zu sagen oder besser: zu verkünden – Fragen von Journalisten sind bis

„Echte Demut gehört natürlich nicht zum Wesen der Realpolitik. Doch manchmal findet sie sich in der großen Geste eines Moments.“

Montagabend nicht erwünscht, erst dann beantwortet Sebastian Kurz ein paar Nachfragen.

Ich mache erfolgreich Politik für euch und will das gerne weiterhin tun, also wählt mich, das meint Kanzler Kurz. Ich war betrunken, habe nichts strafrechtlich Relevantes gemacht und bin ein Opfer finsterner Machenschaften, das meint Vizekanzler Heinz-Christian Strache (kurz vor seinem Rücktritt). Nach dem demaskierenden und schockierenden Ibiza-Video rund um die freiheitlichen Hauptdarsteller Strache und Johann Gudenus fehlt aber in all den genau überlegten Ansprachen ans Volk ein Wort sehr auffällig: Demut.

Echte Demut gehört natürlich nicht zum Wesen der Realpolitik. Doch manchmal, ganz kurz, findet sie sich zumindest in der großen Geste eines Moments: Im überwältigenden Sieg, in der bitteren Niederlage, im großen Schock. Für führende Politiker der früheren Generation gehörte es dann dazu, über ihre „Demut“ zu sprechen und sie zu zeigen, das haben auch große politische Geste wie Michael Häupl oder Erwin Pröll so gehalten.

In diesen Tagen hat man nicht einmal die einfache Geste

bemüht. Auch der neue FPÖ-Chef Norbert Hofer und der von der Abberufung bedrohte Innenminister Herbert Kickl (wegen ihm wollen alle FPÖ-Minister gehen) zeigen am Montag wenig Betroffenheit wegen des Ibiza-Skandals – die Verantwortlichen seien ja zurückgetreten, alles andere supersauber – sondern sie präsentieren eine Kombination aus freundlicher Wahlkampfdiplomatie (Hofer) und gekränkter Kampfbereitschaft (Kickl). Der burgenländische SPÖ-Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil verkündet zwar eine Vorziehung seiner Neuwahlen auf Jänner (im Burgenland regiert man seit vier Jahren unbestimmt von Einwänden der Bundespartei mit der FPÖ), will aber eine Neuaufgabe mit den Freiheitlichen nicht ausschließen; für den oberösterreichischen Landeschef Thomas Stelzer, Kopf einer ÖVP-FPÖ-Koalition, ist die blaue Option im Bund für die Zeit nach der Nationalratswahl nicht unvorstellbar – und bei ihm bleibt nach dem Rücktritt des FPÖ-Landesrates Elmar Podgorschek jetzt alles beim Alten.

Viele der aktuellen politischen Akteure glauben offenbar, sie müssten keine Demut zeigen. Sie wollen oder können nicht einmal eine kurze Irritation der eigenen professionellen Selbstgewissheit zulassen – Selbstreflexion, wer braucht denn so etwas? Vielleicht ist diese Haltung nur ehrlich. Vielleicht ist sie aber auch bedenklich für eine politische Kultur in unserem Land, die nach einem skandalösen Ausflug nach Ibiza ohnehin am Sand ist.



Julia Ortner ist Journalistin mit Vorarlberger Wurzeln und lebt in Wien. Podcast: @ganzoffengesagt

Staatsanwaltschaft prüft nach zahlreichen Anzeigen

WIEN In der Causa Ibiza-Video gibt es bereits viele Anzeigen. Das teilte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) am Montag mit und betonte, dass sie an einer vollumfänglichen strafrechtlichen Aufklärung des Sachverhaltes interessiert sei und eine Vielzahl an eingelangten Anzeigen im Zusam-

menhang mit dem Video prüfe. Es handle sich um ein berichtspflichtiges Verfahren, so dass die WKStA auf Weisung der Oberstaatsanwaltschaft Wien zunächst Erkundigungen zur Prüfung des Anfangsverdachts zu führen hatte. Derzeit prüft man „umfassend das Vorliegen eines Anfangsverdachts“.

Isst das ein Neustart oder ein Ende? Sind Neuwahlen Chance oder Reinfall? Ist ein Rücktritt ein Austausch oder Neuanfang? Was wir erleben, ist manchmal wie Politik-Tinder: Die Suche nach dem Perfekten, enttäuscht von der Menschlichkeit der Personen, denen wir vertrauen. Für Österreich wünsche ich mir Ehrlichkeit, Menschlichkeit, Toleranz, Verständnis, Akzeptanz, Transparenz. Vielleicht ist das aber auch zu viel verlangt von Menschen, die fünfstellig Geld verdienen, um uns zu vertreten.
Lukas Wagner, Poetry-Slammer



Was politisch hier passiert, ist eine Katastrophe. Für mich ist es nachvollziehbar, dass die Regierung nicht mehr weitermacht. Zum derzeit ja niemand sagen kann, was noch alles folgen wird. Das ist ein äußerst bedauerlicher Zustand. Es ist ja gewählt worden, um etwas zu verändern. Jetzt herrscht wieder Stillstand und wir befinden uns im Wahlkampfmodus. Dabei gäbe es genügend akute Probleme, die gelöst werden sollten.
Peter Pfanner, Präsident SCR Altach



Es ist nicht Aufgabe der Kirche, hier den Zeigefinger zu heben. Im Sinne der Bibel ist Politik eine Form der Nächstenliebe, die sich um das Wohl der Gemeinschaft, der Familien und des Einzelnen sorgt. Da machen Vorgänge, wie wir sie gerade erleben, traurig und besorgt. Vertrauen ist schnell zerstört, wächst aber auch nach, wenn Menschen das Gute und die Ehrlichkeit suchen. Ich möchte deshalb heute auch jenen Politikerinnen und Politikern danken, die das Leben – und davon gibt es viele.
Benno Elbs, Bischof von Feldkirch



Die Situation bei der FP ist beschämend. Die Politik der türkis-blauen Regierung war aus unserer Sicht als Arbeitnehmervertreter extrem wirtschaftslastig. Mit dem Zusammenbruch der Koalition ergibt sich die Möglichkeit einer Kurskorrektur. Die Politik braucht die Einbindung aller Interessengruppen statt Drüberfahren. Wir werden die nächste Regierung mit denselben Maßstäben messen: Werden Arbeitnehmerinteressen missachtet, werden wir nicht leiser werden.
Hubert Hämmerle, AK-Präsident



Ich war geschockt von dem, was ich da gesehen habe. Geschockt darüber, wie bestimmte Amtsträger mit öffentlichen Geldern umzugehen gedenken und wie sie die Presse manipulieren wollen. Ich bin froh über die Reaktionen darauf, sprich die entschiedene Ablehnung solcher Machenschaften. Ich finde, die österreichische Politik sollte künftig wieder verbal abrüsten – bei allem Recht zur Kritik.
Markus Mähr, Leiter Rhesi

